

Gemeinsam gegen Spaltung und Verdrängung



93% verstehen
Wohnen als
Menschenrecht

bezahlbarer Wohnraum für alle!

* Caritas-Studie "Menschenrecht auf Wohnen" vom Januar 2018: www.zuhause-fuer-jeden.de/caritas_studie_wohnen/

Breites Bündnis fordert politischen Kurswechsel

Im Vorfeld der Landtagswahl fordert der PARITÄTISCHE Hessen einen radikalen Kurswechsel in der Wohnungspolitik. Für den 20. Oktober ruft er gemeinsam mit einem breiten Bündnis zu einer hessenweiten Demonstration gegen Mietenwahnsinn in Frankfurt auf.

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung“ - so heißt es in Artikel 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die 1948 verabschiedet wurde. 70 Jahre später ist dieses Men-

schenrecht auch in Hessen zunehmend bedroht. Die Zahl der Wohnungslosen steigt. Die Versorgung mit geeignetem Wohnraum stellt mittlerweile nicht nur für Menschen in besonderen oder prekären Lebenslagen eine große Herausforderung dar. Längst sind auch Haushalte mit mittlerem Einkommen betroffen.

Um den Wohnraumbedarf zu decken, müssten in Hessen bis zum Jahr 2040 mehr als eine halbe Million Wohnungen gebaut werden. In der jüngeren Vergangenheit wurden jedoch nur rund 15.600 Wohnungen pro Jahr fertiggestellt. Zudem fehlen in Hessen

Sozialwohnungen. Aktuell gibt es nur noch halb so viele Sozialwohnungen wie vor 20 Jahren, seit 1999 ist ihre Zahl von knapp 180.000 auf gut 93.000 gesunken. Besonders knapp sind auch barrierefreie Wohnungen, schon jetzt fehlen 77.000. In Hessen leben deutlich weniger Studierende in öffentlich geförderten Wohnheimen als im Bundesdurchschnitt.

Der Wohnraummangel lässt die Mieten in Hessen steigen. Gerade in Ballungsräumen müssen die Menschen immer größere Teile ihres Einkommens für Miete aufwenden. Für Familien und Einzelpersonen in be-

sonderen Lebenslagen oder mit geringen Einkommen bedeutet dies, dass die Chancen auf materielle, soziale und kulturelle Teilhabe sinken, weil kein oder kaum Geld dafür bleibt. Auch im ländlichen Raum ist die gesellschaftliche Teilhabe oft eingeschränkt. Dort gibt es zwar vielerorts noch bezahlbaren Wohnraum, aber es fehlt häufig an medizinischer, kultureller und sozialer Infrastruktur. Zudem ist der öffentliche Nahverkehr oft schlecht ausgebaut und zu teuer.

Negativ wirkt sich die angespannte Situation auf dem Wohnungsmarkt auch auf die Arbeit vieler sozialer Organisationen aus, die zum PARITÄTISCHEN Hessen gehören: Plätze in Frauenhäusern, in stationären Einrichtungen und anderen Unterkünften bleiben belegt, weil Klient*innen zwar ausziehen könnten und möchten, aber keinen eigenen Wohnraum finden oder erhalten. Somit werden Plätze blockiert und stehen dem Hilfesystem nicht zur Verfügung, sodass soziale Einrichtungen Menschen mit Unterstützungsbedarf abweisen müssen. Auch ambulante Hilfen können soziale Organisationen nicht in ausreichendem Maß zur Verfügung stellen, weil sie keine preisgünstigen Wohnungen für ihre Klient*innen akquirieren können.

Besonders in den Ballungsräumen werden durch Modernisierung und damit verbundene Mietpreissteigerung Bewohner*innen aus ihren angestammten Wohnungen und Wohnquartieren verdrängt. Diese Segregations- und Gentrifizierungsprozesse gehen nicht nur zulasten der direkt Betroffenen, sondern schränken auch Lebenschancen ein und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Hessen.

Verantwortlich für die prekäre Wohnsituation vieler Menschen in Hessen sind unter anderem wohnungsbaupolitische Fehlentscheidungen der vergangenen Jahrzehnte: Die Abschaffung der Wohnungsgemeinnützigkeit, der dramatische Rückgang öffentlich geförderter und gebundener

Gemeinsam gegen Spaltung und Verdrängung – bezahlbarer Wohnraum für alle!

#Mietenwahnsinn-Hessen

www.mietenwahnsinn-hessen.de

WIDER SETZEN

Demo: Samstag 20. Oktober 2018

Start: 13 Uhr Hauptbahnhof Frankfurt

47% aller Mieter*innen befürchten, sich ihre Wohnung in den nächsten 2 Jahren nicht mehr leisten zu können.*

Darum setzen wir uns gemeinsam für eine solidarische Stadt ein.

* Caritas-Studie "Menschenrecht auf Wohnen" von Januar 2018: www.zuhause-fuer-jeden.de/caritas_studie_wohnen/

Sozialwohnungen, eine Vergabe öffentlicher Liegenschaften, die sich an Höchstgeboten orientiert, der Verkauf und die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände, Spekulation mit Grundstücken sowie Mietpreiserhöhungen bei Neuvermietung und Modernisierung sind auch eine Folge einer gescheiterten Wohnungspolitik in Hessen.

Wohnungspolitik ist Sozialpolitik

In den vergangenen Jahren wurde Wohnungspolitik in Hessen vornehmlich als Wirtschaftspolitik betrieben.

Um eine Abkehr hin zu einer sozialen Wohnungspolitik zu erreichen, fordert der PARITÄTISCHE Hessen eine Anbindung der Wohnungspolitik an das hessische Sozialministerium.

Mehr Sozialwohnungen

Der private und öffentliche Neubau von Sozialwohnungen muss massiv gestärkt und die Möglichkeit ausgeschöpft werden, Mietpreisbindungen zu verlängern und Belegrechte anzukaufen. Grundsätzlich sollten kommunale und landeseigene Wohnungsbau-gesellschaften nur dauerhaft bezahl-

bare Wohnungen im Bestand haben, kurzfristig sollte aber mindestens die Hälfte des Neubaus sozialer Wohnungsbau sein. Außerdem dürfen in den Ballungsräumen und Universitätsstädten Genehmigungen für größere Bauvorhaben privater Investoren nur erteilt werden, wenn mindestens 40 Prozent Sozialwohnungen entstehen.

Keine Privatisierung öffentlicher Wohnungen und Grundstücke

Die Veräußerung landeseigener oder kommunaler Grundstücke muss vollständig gestoppt werden. Stattdessen sollte die öffentliche Hand ihren Bestand an Wohnungen und Grundstücken vergrößern. Grundsätzlich sollten öffentliche Grundstücke und Wohnungen nur an gemeinnützige und sozial ausgerichtete Wohnungsbaugesellschaften oder Genossenschaften vergeben werden, die dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. Die Gewinne öffentlicher Wohnungsunternehmen müssen zwingend für die Sanierung des Bestands sowie für den Neubau oder den Ankauf von Sozialwohnungen verwendet werden.

Infrastruktur im ländlichen Raum verbessern

Um ländliche Regionen für Bewohner*innen wieder attraktiver zu machen, muss in Verkehrs- und Breitbandinfrastruktur investiert werden, aber vor allem in soziale, kulturelle und medizinische Infrastruktur.

Bestand an Mietwohnungen sichern - Vertreibung von Mieter*innen verhindern

Wohnraumzweckentfremdung und spekulativer Wohnraumleerstand müssen verboten und mit Bußgeldern belegt werden. Die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen muss durch eine deutliche Ausweitung der Kündigungsfrist auf mindestens zehn Jahre erschwert werden. Außerdem müssen Milieuschutzsatzungen erlassen und konsequent umgesetzt werden.

Mietpreisanstieg stoppen

Der Mietpreisanstieg muss wirksam

und flächendeckend begrenzt werden. Dafür sind rechtlich verbindliche Mietpiegel erforderlich, die das tatsächliche Mietenniveau aller Wohnungen abbilden. Eine verschärfte und flächendeckende Mietpreisbremse muss ohne Ausnahmen gelten. Mieterhöhungen müssen auf den Inflationsausgleich begrenzt, Mietpreisüberhöhungen und Mietwucher geahndet werden.

Keine Verdrängung durch Modernisierung

Die Kosten einer energetischen Modernisierung dürfen zukünftig nur noch so umgelegt werden, dass die Warmmiete nicht steigt. Die Umlage anderer Modernisierungskosten und die Gesamtsumme der Mieterhöhung müssen begrenzt sein. Alle Mieter*innen müssen wirksam vor unberechtigter Kündigung und Räumung geschützt werden.

Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung

Diskriminierungsstrukturen auf dem Wohnungsmarkt müssen abgebaut werden, unter anderem durch eine Ausweitung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes.

Die Kommunen müssen außerdem verpflichtet werden, einen ausreichenden Bestand an Wohnungen für Menschen in besonderen Lebenslagen wie Geflüchtete, Sinti und Roma, von Gewalt betroffene Frauen, Suchtkranke, ehemalige Straffällige, Menschen mit psychischen Erkrankungen oder Wohnungslose bereit zu stellen. Für die Romamigrant*innen aus Osteuropa müssen Modellwohnprojekte im Rahmen einer hessenweiten Förderung zur Verfügung gestellt werden.

Neue Wohnformen sowie barrierefreies und inklusives Wohnen müssen stärker gefördert werden. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, dass die hessische Bauordnung den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention angepasst wird.

Wohnungslosigkeit überwinden

Der PARITÄTISCHE Hessen fordert ein Aktionsprogramm „Woh-

nungslosigkeit überwinden“ mit folgenden Bausteinen: Förderprogramm zum Aufbau kommunaler Fachstellen zur Prävention von Wohnungsverlusten in ganz Hessen und zur Erschließung von Wohnraum, Förderprogramm für aufsuchende Hilfen auf der Straße sowie wohnbegleitende Hilfen, Einführung einer landesweiten, integrierten, geschlechterdifferenzierenden Wohnungsnotfallstatistik und einer landesweiten Untersuchung zu Umfang, Struktur und Hilfen für Menschen in Wohnungsnotlagen.

Übernahme tatsächlicher Mietkosten im Sozialleistungsbezug

Haushalte, die auf Arbeitslosengeld II oder Grundsicherung angewiesen sind, erhalten oftmals nicht die tatsächlichen Kosten für ihre Wohnung. Der PARITÄTISCHE Hessen fordert, dass Mieten in voller Höhe übernommen und die ortsübliche Mietpreisentwicklung berücksichtigt wird.

Förderung von sozialen Trägern als Vermieter

In Kooperation mit den Kommunen und Kreisen sollen gemeinnützige Wohnraumhilfen Wohnraum bei Wohnungsbaugesellschaften und Privateigentümern akquirieren, anmieten und weitervermieten, bei Bedarf verbunden mit einer sozialen Betreuung der Mieter*innen. Dieses Angebot muss durch Förderung des Landes flächendeckend etabliert werden.

Gemeinnützigen Wohnungsbau reaktivieren

Als Alternative zur renditeorientierten Wohnungswirtschaft muss eine neue Wohnungsgemeinnützigkeit eingeführt werden. Die soziale Zweckbindung von Wohnungen muss dauerhaft gesichert und durch steuerliche Förderung, Privilegien bei der Vergabe von Grundstücken, öffentliche Zuschüsse und Kredite ermöglicht werden. Landeseigene und kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen wieder gemeinnützig sein und Mieter*innen wieder größere Mitspracherechte haben.

Rechtsextremen Parteien klar widersprechen

Positionspapier zum Umgang mit der AfD

Im Vorfeld der hessischen Landtagswahl hat der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hessen ein Positionspapier zum Umgang mit Rechtsextremismus am Beispiel der Alternative für Deutschland (AfD) verabschiedet. Darin verpflichtet er sich unter anderem, rechtsextremen Positionen klar und offen zu widersprechen und die AfD weder zu eigenen Veranstaltungen einzuladen noch an von ihr organisierten teilzunehmen. Für den Landesverband und seine Mitarbeitenden ist das Papier verbindlich, an die 800 rechtlich eigenständigen Mitgliedsorganisationen, die in allen Bereichen sozialer Arbeit aktiv sind, wurde es als Empfehlung weitergegeben.

„Es ist für unser Selbstverständnis und als überparteiliche Organisation nicht alltäglich, dass wir uns gegen die aktive Zusammenarbeit mit politischen Parteien aussprechen. Doch wir sehen uns dazu veranlasst, wenn sie rechtspopulistische, rassistische und in Teilen offen rechtsextrem auftretende Parteien sind, wie im Fall der AfD“, sagt Dr. Yasmin Alinaghi, Landesgeschäftsführerin des PARITÄTISCHEN Hessen.

Die AfD hat sich in Deutschland und Hessen als neue Partei am rechten politischen Rand etabliert, in einigen hessischen Kommunalparlamenten ist sie bereits vertreten und droht nun auch in den Landtag einzuziehen. „Wir stehen anders als die AfD für eine demokratische Kultur und eine offene Gesellschaft“, so Dr. Yasmin Alinaghi. In dem Positionspapier heißt es: „Es sind nicht die sachlichen Differenzen, beispielsweise zu steuer- oder sozialpolitischen Fragen, die eine Zusammenarbeit für uns erschweren. Es ist die auf Ungleichwertigkeit von Menschen abzielende sowie die rassistische, sozialdarwinistische, antidemokratische und homophobe Ausrich-

tung der Partei, die unseren Grundsätzen einer offenen, vielfältigen und toleranten Gesellschaft widerspricht. Eine aktive Zusammenarbeit mit allen rechtsextremen Parteien, inklusive der AfD, ist daher mit unseren Grundsätzen nicht vereinbar.“

Die AfD vertritt ein nationalistisches und antisoziales Programm und toleriert Ideologien der Ungleichwertigkeit nicht nur in ihren eigenen Reihen, sondern propagiert diese offen. Sie stellt

sich klar rassistisch in Ton und Inhalt gegen eine vermeintliche „Völkermischung“ durch die Aufnahme von Geflüchteten, will individuelle Grundrechte einschränken oder abschaffen, lehnt die Gleichstellung von Mann und Frau ab, spricht sich ausdrücklich gegen den Inklusionsgedanken aus und will rassistisch konnotierte Begriffe wie „völkisch“ wieder positiv besetzen, um nur einige Beispiele der Unvereinbarkeit mit dem Werteprogramm des PARITÄTISCHEN Hessen zu nennen.

„Man hat nicht viel, was bleibt ist die Fantasie“

Lesung mit Dominik Bloh zum Thema „Wohnen ist Menschenrecht!“

Der größte Luxus sei, im eigenen Bett nur in Boxershorts zu schlafen und nicht mehr komplett bekleidet samt Schuhen im Schlafsack, immer bereit, sofort aufzuspringen. Mit 16 Jahren wurde Dominik Bloh obdachlos, zehn Jahre lebte er auf der Straße, seit zwei Jahren hat er wieder eine Wohnung. Manche Angewohnheiten habe er aber noch nicht abgelegt, berichtete er jetzt in Frankfurt. So ziehe er noch immer auch im Haus die Kapuze hoch, die in seiner Zeit als Obdachloser sein letzter Rückzugsraum gewesen sei.

Im Rahmen seines Schwerpunktthemas „Wohnen ist Menschenrecht“ hatte der PARITÄTISCHE Hessen Dominik Bloh eingeladen, aus seinem autobiografischen Buch „Unter Palmen aus Stahl“ zu lesen. Veranstaltungsort war das Café des sozialen Trägers „Kinder im Zentrum Gallus“, einer Mitgliedsorganisation des PARITÄTISCHEN Hessen.

In seinem Buch erzählt Dominik Bloh, Jahrgang 1988, wie das Leben ganz unten in Deutschland spielt. Und wie er sich

herausgekämpft hat. Das Elternhaus war schwierig, und als die Großmutter starb, folgte der freie Fall. Als er obdachlos wurde, versuchte er trotz Hunger, Kälte und Einsamkeit ein Maß an Normalität aufrecht zu erhalten, besuchte weiter die Schule. „Man hat nicht viel, was bleibt ist die Fantasie“, sagt der Autor, der heute als Kolumnist bei der Hamburger Morgenpost schreibt, der Zeitung, die er sich als Obdachloser unter seine Kleidung stopfte, um sich zu wärmen.

